

ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg

Monika Herrmann (Grüne Bürgermeisterin) und Frank Henkel (CDU-Innensenator) Hand in Hand gegen die Geflüchteten

»Es ist ein kleines Wunder, dass sich Frau Herrmann endlich dazu durchringt, Recht und Ordnung in der Gerhart-Hauptmann-Schule wiederherzustellen. Das begrüße ich sehr.«
Frank Henkel (CDU), 3.8.2016

Pünktlich für ihren Wahlkampf plant die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann auf den Trümmern der von ihr zerschlagenen Geflüchteten-Proteste in der Gerhart-Hauptmann-Schule das Vorzeigeprojekt »Campus Ohlauer« für Flüchtlinge zu eröffnen. Dieser Plan ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten, denn ihr Bezirksamt hat 2014 aus dieser Schule 211 Geflüchtete mit Polizeigewalt vertrieben (siehe Kasten »Zur Vorgeschichte«).

Aber 24 Refugees und Freund*innen leben dort noch, im Südflügel, hinter Zäunen und Mauern. Sie sollen nicht in den »Campus Ohlauer« ziehen dürfen, nicht einmal nach eigenen Vorstellungen in ihrem Flügel weiterleben dürfen. Im Gegenteil: Anfang August 2016 hat das grüne Bezirksamt eine zivilrechtliche Räumungsklage beim Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg eingereicht. Für ein selbst organisiertes Leben ist nach grünen Vorstellungen kein Platz.

Im grünregierten Friedrichshain-Kreuzberg sollen sozialer Protest und der Wunsch nach einem selbst bestimmten Leben durch Unterwerfung unter die Obrigkeit ersetzt werden. Wer sich dagegen wehrt läuft Gefahr, mit juristischen Klagen überzogen und vom Wachschutz oder der Polizei schikaniert zu werden. Und wer sich auf Verhandlungen mit den staatlichen Stellen einlässt, sieht sich irgendwann hoffnungslos in der endlosen Maschinerie der Behörden gefangen.

Die Grünen spekulieren auf das kurze Gedächtnis der Menschen und versuchen den Eindruck zu erwecken, sie hätten mit



Vertreterin der Geflüchteten der Ohlauer Straße und des Oranien-Platzes mit Kandidat*innen und Sympathisant*innen von ÖkoLinX-Antirassistische Liste beim Protest gegen Zwangsäumung und Abschiebung auf einer Veranstaltung mit der grünen Bürgermeisterin Monika Herrmann

den Polizeieinsätzen gegen aufmüpfige Menschen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg überhaupt nichts zu tun. Sie wälzen ihre Verantwortung auf den unsäglichen Innensenator Frank Henkel ab, den sie aber selbst zu Hilfe gerufen haben. Sehr beliebt ist es bei den Grünen auch, nach Polizeieinsätzen gegen Geflüchtete die eigenen psychischen Belastungen in den Vordergrund zu stellen: »Böse« Flüchtlinge haben »gute« Grüne leider gezwungen Wasserwerfer, Tränengas und Pfefferspray gegen sie einzusetzen. Die Grünen

sind schon sehr »betroffen« – von sich selbst, aber nicht von den menschenunwürdigen Lebensverhältnissen der Geflüchteten. Es ist nunmal ein anderer Blickwinkel auf die Welt aus einem Bürgermeisteramt oder einer schönen Eigentumswohnung am lauschigen Ufer auf die heruntergekommen Räume der Gerhart-Hauptmann-Schule und die 24 Menschen, die abgeschottet in ihnen leben.

Jede/r, der Regierungsgewalt in Deutschland übernimmt, ist spätestens seit der Abschaffung des ursprünglichen Asylrechts 1993, ein Teil der rassistischen Abgrenzungs- und Abschiebungspolitik. Offensichtlich ist das bei den Parteien CDU/CSU, SPD und FDP, die den Rechtspopulist*innen hinterherrennen und sich mit menschenfeindlichen Gesetzesverschärfungen überbieten: Sie wollen Geflüchtete noch schneller abschieben und Diktaturen, Armutsregionen und Kriegsgebiete in »sichere Herkunftsländer« umdeuten.

**Wir sind eine Wähler*innengemeinschaft
und keine Partei.
Wir kandidieren am 18.9.2016 zur
Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Friedrichshain-Kreuzberg.**

Wir freuen uns über Eure und Ihre Unterstützung!
ÖkoLinX-Antirassistische Liste Berlin Friedrichshain-Kreuzberg



Zur Vorgeschichte

»You can't evict a movement« – »Ihr könnt keine Bewegung zwangsräumen«

6.10.2012: Etwa 70 Geflüchtete erreichen Berlin-Kreuzberg nach einem 28-tägigen, rund 600 km langen Fußmarsch quer durch die Bundesrepublik. Immer wieder wurden sie unterwegs von Nazis angegriffen. Ihr Marsch ist ein Protest gegen die Residenzpflicht, welche Flüchtlinge zwingt, sich nur in einer bestimmten Region Deutschlands aufzuhalten. Sie fordern einen Abschiebestopp, Arbeitsergebnisse und die Abschaffung von Notunterkünften. Sie campieren auf dem Oranienplatz in Kreuzberg und sie bleiben.

13.10.2012: Etwa 6.000 Menschen demonstrieren in Berlin für die Rechte von Geflüchteten und Asylsuchenden, es ist die bis dahin größte Demonstration dieser Art.

8.12.2012: 100 Refugees besetzen in Kreuzberg die leerstehende Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS) in der Ohlauerstraße. Im Jahr darauf sind Bundestagswahlen, vermutlich deshalb duldet die grüne Bezirksverwaltung zunächst den Protest.

18.3.2013: Das grüne Bezirksamt teilt mit, die Geflüchteten müssten die Schule bis Ende des Monats verlassen. Einen Tag später wird die Drohung zurückgenommen. Die Proteste dauern an und die Unterstützer*innenszene wächst und findet bundesweit Beachtung.

18.3.2014: Wegen ihrer menschenunwürdigen Lebensbedingungen in der Schule und der ständigen Angst vor einem Polizeieinsatz unterschreibt ein Teil der Flüchtlinge ein »Einigungspapier«. Es wird ihnen versprochen, dass ihre Fälle einzeln und wohlwollend geprüft werden. Aber alle Versprechen der Politiker*innen werden gebrochen: Alle Asylanträge werden abschlägig beschieden.

8.4.2014: Das grüne Bezirksamt lässt das Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz mit Hilfe der Polizei räumen. Er ist zum zentralen Ort selbstorganisierter Flüchtlingsproteste und zum Symbol der gescheiterten Asyl- und Flüchtlingspolitik geworden.

25.4.2014: In der Gerhart-Hauptmann-Schule stirbt der 29-jährige Anwar R. beim Streit um die einzige (!) Duschmöglichkeit für Hunderte von Menschen. Es war den Geflüchteten verboten, selbst Duschen aufzustellen oder die Duschen der anliegenden Turnhalle zu benutzen. Diese wurde von einer Tai Chi-Gruppe genutzt, die gern geteilt hätte.

28.6.2014: Gespenstisch: 1.700 Polizist*innen »begleiten« etwa 160 Menschen beim erpressten Verlassen der Schule. Aber 40 Refugees weigern sich, die Schule zu verlassen. Einige ziehen sich auf das Dach der Schule zurück. Die Polizei sperrt die Schule ab. Gespräche

von Journalist*innen mit Refugees sind verboten und werden verhindert. Bis heute, 19 Monate später, darf – im grünregierten Bezirk – kein Mensch die Geflüchteten besuchen, kein/e Freund*in, kein/e Handwerker*in, kein/e Nachbar*in. Viele Anwohner*innen solidarisieren sich mit den Geflüchteten.

1.7.2014: Der grüne Baustadtrat Hans Panhoff unterzeichnet ein Räumungsersuchen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, um die Flüchtlinge in der Schule von der Polizei gewaltsam räumen zu lassen. Angesichts ihrer verzweifelten Lage drohen Tote und Verletzte, was der grüne Stadtrat billigend in Kauf nimmt. Der Berliner Polizeipräsident setzt der Politik ein Ultimatum, diese kuscht. Die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann erklärt sich für nicht zuständig und taucht ab.

2.7.2014: Die erschöpften Geflüchteten, die unter erbärmlichen Umständen eingepfercht in der Schule leben, lassen sich angesichts der Erpressungs- und Aushungertaktik der Polizei und des Bezirksamts auf einen »Kompromiss« ein: 40 Menschen dürfen im Südflügel der Schule bleiben, es dürfen aber keine weiteren Menschen dazukommen. Die Polizei zieht dafür schrittweise ab. Ansonsten verbessern sich die Lebensverhältnisse der Refugees nicht. Berlin könnte den Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes anwenden, wonach ein Bundesland aus »völkerrechtlichen« oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen einer bestimmten Gruppe Aufenthalt gewähren kann. Tut dies aber nicht.

Seit Juli 2014: Das Bezirksamt hält eisern an dem bizarren Plan fest, die Schule von den Geflüchteten zu räumen, um so ein »internationales Flüchtlingszentrum« zu errichten. Mehrfach müssen Gerichte von den Refugees und ihren Unterstützer*innen zur Hilfe gerufen werden. Nachdem das Bezirksamt jedesmal dabei scheitert, die Geflüchteten als Gruppe herauszuklagen, plant die grüne Finanzstadträtin Jana Borkamp, die Flüchtlinge mit Einzelklagen zu überziehen, um sie endlich zu vertreiben. Die grüne Stadträtin klagt über die Kosten für den Wachschatz (etwa eine Million Euro im Jahr). Der aber beschützt die Geflüchteten nicht, sondern verbietet Freund*innen und Helfer*innen den Zutritt und überwacht die Flüchtlinge.

Während die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg die Refugees in der Schule drangsaliieren, präsentieren sie andererseits ihre Pläne für ein von den bisherigen Geflüchteten gesäubertes »internationales Flüchtlingszentrum« als Beispiel ihres Engagements für eine »offene« Gesellschaft, die es in Deutschland nicht gibt.

Sommer 2016: Das »internationale Flüchtlingszentrum« im nicht besetzten Nordflügel der Gerhart-Hauptmannschule ist angeblich bezugsfertig, aber Senat und Bezirk können sich nicht auf einen Eröffnungstermin einigen. Noch im August 2016 sind die 24 in der Schule verbliebenen Besetzer*innen, die einzigen Geflüchteten, die in der Gerhart-Hauptmann-Schule wohnen. ■

Immer mehr Grüne beteiligen sich an diesem inhumanen Wettrennen. Paradoxerweise gelten die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg als »links«, dabei stimmen auch »linke« Grüne für Kriege in aller Welt – und schufen damit einen Teil der Fluchtursachen. Auch die Friedrichshainer und Kreuzberger Grünen sind ein Teil der Festung Europa. Dieses unmenschliche System liefert jedes Jahr hunderte Tausende Flüchtlinge der Verzweiflung, der Not oder dem Tod aus.

Die Grünen werden vermutlich nach der Wahl Teil einer Landesregierung sein: entweder in der Formation CDU-Grüne-FDP oder SPD-Grüne-Linke. Die Zusammenarbeit Monika Herrmanns mit ihrem angeblichen Gegner Frank Henkel (CDU) zeigt uns, welche Gemeinheiten wir im Abgeordnetenhaus und in der Bezirksverordnetenversammlung künftig von ihnen zu erwarten haben. Bis zur Wahl müssen sie ihr Hin- und Hergerissensein zwischen »Sachzwängen« – als gäbe es Sachen, die einen zwingen, es sind aber ihre eigenen Interessen – und hochmoralischen Ansprüchen inszenieren. Wir rechnen mit allem.

Bei Ausgrenzung, Zerschlagung selbstorganisierter Flüchtlingsproteste und Abschiebung machen wir nicht mit und treten selbstverständlich auch gegen diese Grünen zur Wahl in der Bezirksverordnetenwahl Friedrichshain-Kreuzberg an.

Unsere Solidarität gilt auch den verbliebenen 24 Refugees und ihren Unterstützer*innen in der Gerhart-Hauptmann-Schule!

Wir fordern:

- + **Keine Obergrenzen!**
- + **Schluss mit den Schikanen gegen alle Geflüchteten und ihre Unterstützer*innen!**
- + **Weg mit den Räumungsklagen! Bleiberecht für alle! Refugees welcome!**

Kontakt

(auch für Eure Mithilfe im Wahlkampf):
www.oekolinx-arl.de
Facebook: OekoLinX-Antirassistische Liste
Twitter: @OekoLinX_ARL
e-mail: jutta.difurth@t-online.de

Spendenkonto

Kontoinhaber:in:
ÖkoLinX-Antirassistische Liste
Verwendungszweck: »Spende Berlin«
IBAN: DE40500100600717720600
BIC: PBNKDEFF
Bank: Postbank Frankfurt/M

V.i.S.d.b.P.: Sascha Jensen,
Boxhagener Str. 87, 10245 Berlin